

Wolfgang Thierse

Die Ost-SPD im Jahr 2009: Herausforderungen und Ziele

Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V.

**7. Oktober 1989: Sozialdemokratischer Neuanfang – 20 Jahre Sozialdemokratie
in Ostdeutschland**

am

7. Oktober 2009, 19 Uhr

Festsaal des Abgeordnetenhauses Berlin

Lasst mich mit einer Erinnerung an die Zeit vor 20 Jahren beginnen:

Am 7. Oktober 1989 war ich in Berlin und es lag schon in der Luft, was man befürchten musste: Es würde ernst werden, spätestens nach diesem Tag. Im Palast der Republik gab es die übliche byzantinische Jubelfeier. Draußen gingen die Polizei und die überall präsenten Stasi-Kräfte in Zivil gegen jede Ansammlung von Personen vor. Sie verhafteten auf der Straße, wessen sie habhaft wurden. Der Rest, eingekesselt in der Gethsemane-Kirche in Prenzlauer Berg, konnte darauf warten, abtransportiert und weggesperrt zu werden. Es waren am Schluss 1.000 Verhaftete. Wie würde es weitergehen?

Wir dachten: Nach der Feier des 40. Jahrestages der DDR-Gründung, sobald die Gäste die Stadt verlassen haben, würden die SED-Staatsorgane zuschlagen. Das Blutbad vom Tien-An-Men-Platz in Peking war uns gegenwärtig. Das war die Angst. Was würde passieren am Montag, dem 9. Oktober in Leipzig? Hier waren am 25. September 5.000, am 2. Oktober schon 20.000 auf der Straße gewesen. Und es kamen 70.000! Das war der Tag der Entscheidung, der Sieg über die Angst, die halbe Macht der Diktatur. Ein Transparent, das damals in Leipzig getragen wurde, formulierte es: „Jetzt oder nie, Freiheit und Demokratie“. So habe ich es empfunden und noch heute bewegt mich der Gedanke daran tief.

Nachträglich werden die Ereignisse des Herbstes von 1989 vom Datum des Mauerfalls am 9. November überragt. Herbst 1989 und Mauerfall wurden nach und nach ein und dasselbe. Durch millionenfache glückliche Erlebnisse des Wiedersehens in Ost und West getragen, von unvergesslichen Bildern verstärkt und durch die Politik bestätigt, die seitdem die deutsche Vereinigung zur wichtigen Aufgabe unseres Landes machte, konnte es eigentlich gar nicht anders sein.

Trotzdem: Wer die Friedliche Revolution auf eine pure Vorgeschichte der deutschen Wiedervereinigung reduziert, ignoriert, dass es sich hier um eine Sternstunde der europäischen und deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte handelt – und dass die deutsche Sozialdemokratie daran Anteil hat.

Dass diese Geschichte in mannigfacher Weise mit der Geschichte der Sozialdemokratie verbunden ist, ist eigentlich nicht verwunderlich. Denn immer, wenn Demokratie in Deutschland unterdrückt wurde, war dies auch mit Angriffen auf die Sozialdemokratie verbunden.

So bildete die Zerschlagung der SPD 1946 in der sowjetisch besetzten Zone durch die Zwangsvereinigung mit der KPD den Auftakt für eine 43-jährige Diktatur in diesem Teil Deutschlands.

Und deshalb war die Initiative von Markus Meckel und Martin Gutzeit zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR im August 1989 nicht nur mutig, sondern weitblickend. Es war ein Schritt von politischer und historischer Bedeutung.

Denn es waren ostdeutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit ihrem Aufruf zur Gründung der SDP die kommunistische Herrschaft zu einem Zeitpunkt herausforderten, als Ost-CDU und LDPD wie die anderen Blockparteien noch der SED huldigten und den Mauerbau rechtfertigten.

Im Kern sozialdemokratisch waren auch die Ziele der DDR-Opposition des Jahres 1989 insgesamt. Es gab eine breite Übereinstimmung, dass es um die Schaffung einer „sozialen Demokratie“, eine europäische Friedensordnung und eine ökologische Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft ging.

„Wir waren damals alle Sozialdemokraten“, sagte einmal rückblickend Jens Reich, der Mitbegründer des Neuen Forums. Selbst Michail Gorbatschow bekannte sich dazu. Wir jungen, jedenfalls frischen ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beriefen uns damals auf Willy Brandt, wenn wir erklären sollten, was wir unter sozialdemokratischer Politik verstehen, oder auf Helmut Schmidt natürlich.

Damals waren es gerade 20 Jahre her, als die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt im Westen den Aufbruch zu mehr Demokratie wagte, ihre Ost- und Entspannungspolitik durchsetzte und – gemeinsam mit dem KSZE-Prozess – viele Erleichterungen für die deutsch-deutschen Beziehungen und für die Lage in der

DDR, auch für die sich formierende Opposition in der DDR erreichte. Die am Ende – angesichts der Dimension des Ost-West-Konfliktes – unglaubliche Überwindung der Teilung, erklärt sich nicht allein aus diesem historischen Beitrag der west- und ostdeutschen Sozialdemokratie. Aber er war wichtig und notwendig für den glücklichen, friedlichen Ausgang der Geschichte.

Heute schauen wir auf zwei Jahrzehnte der Arbeit der SPD in den ostdeutschen Ländern zurück. Und wir können es nicht heiter tun – angesichts der Bundestagswahl mit dem bestürzenden Befund: Die SPD liegt nur an dritter Stelle in Ostdeutschland. Die Nachfolgepartei der SED und die Nachfolgepartei zweier Blockparteien teilen sich die Direktmandate. Als ich dessen am Montagmorgen innwurdete, ergriff mich das wahnsinnige Gefühl: Die DDR kommt wieder. Das erschien mir wie eine auch persönliche Niederlage (denn ich habe als Vorsitzender die Ost-SPD aus der DDR ins geeinte Deutschland und in die gemeinsame Partei geführt).

Es ist kein Trost, dass diese Niederlage Teil eines wahrlich dramatischen Niedergangs der ganzen SPD ist: Halbierung der Wähler seit 1998, Verlust eines Drittels unserer Mitglieder. Es ist kein Trost, dass ein beträchtlicher Teil der europäischen Sozialdemokratie das Schicksal des Niedergangs teilt.

Dabei hatten wir doch in Deutschland und Europa geglaubt, dass die globale Krise des Finanzkapitalismus – eine Systemkrise, deren Ende noch nicht wirklich sichtbar ist – die Stunde der Sozialdemokratie sein könnte, sein müsste: Nun sei die Zeit, Alternativen zur neoliberalen Ordnung und Ideologie zu formulieren und mehrheitsfähig zu machen. Die Bürger hätten das Zerstörerische des Markttradikalismus und der Privatisierung einstmals öffentlicher Güter hinlänglich erfahren, klassische Verteilungskonflikte seien keineswegs verschwunden und die Begriffe *links* und *rechts* füllten sich politisch wieder mit Bedeutung.

Gewiss: Sozialdemokratische Grundorientierungen sind in unserer Gesellschaft, wie wir aus Umfragen wissen, immer noch mehrheitlich vorhanden. Die Meinung, der Staat habe zum Funktionieren der Wirtschaft und für den sozialen Zusammenhalt Regulierungs- und Verteilungsfunktionen zu leisten, wird selbst von Konservativen wieder geteilt.

Aber das Wahlergebnis besagt: Es gibt im gemeinsamen Deutschland keine antikapitalistische Stimmung, keine antikapitalistische Mehrheit – trotz Krise. Dass sich die SPD bei 23 % wiederfindet, ist mehr als eine schallende Ohrfeige. Auf diese dramatische Niederlage gibt es keine einfachen Antworten – und den Luxus der schnellen, flotten Antworten sollten wir uns nicht leisten! Schließlich sind die Wähler von uns in alle Richtungen davongelaufen – zu den Nichtwählern, zu der Linken, den Grünen, aber auch zu CDU und FDP.

Was jetzt not tut, ist über den notwendigen personellen Neuanfang an der Spree hinaus: Trauerarbeit, Analyse, Streit.

Wir brauchen eine kritische Bilanz von 11 Jahren sozialdemokratischer Regierungsarbeit: ihrer Positionen, ihrer Erfolge, ihrer Fehler, der problematischen Wirkungen richtiger Entscheidungen. Es gab mehr als z. B. Hartz IV und Rente mit 67, es gab eben auch z. B. das Ganztagschulprogramm und den Solidarpakt II!

Wir brauchen die Debatte über das Richtige und über das Korrekturbedürftige. Den notwendigen Streit darüber muss die Partei führen dürfen, ohne Druck von oben, ohne ihn auch zeitlich verkürzen zu wollen – an der Basis, in den Gliederungen der Partei. Denn: An Streitunterdrückung in den vergangenen 10 Jahren hat die Partei gelitten, das hat sie krank gemacht. Streit – wenn es geht – ohne personalisierte Scherbengerichte, sondern als kollektiven Lernvorgang mit dem Ziel, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft wiederzugewinnen. Ich glaube übrigens nicht, dass man Glaubwürdigkeit gewinnt, durch eine 180°-Kehrtwendung, durch eine Verteufelung alles Bisherigen. Deshalb sind eine Bilanz so dringend und Korrekturen schrittweise, wo sie notwendig sind.

Wir sollten auch nicht in einen Überbietungswettbewerb in Sachen Linkspopulismus eintreten (den können wir nicht gewinnen gegen die Entertainer Gysi und Lafontaine. Wir sollten's auch gar nicht versuchen). Vielmehr geht es um eine inhaltliche Plattform für konkrete Oppositionsarbeit im Bund und für realistische Regierungsarbeit in den Ländern, wobei wir selbst bestimmen, was „links“ ist, nicht andere für uns!

Deshalb muss die SPD – so schwierig das auch in der gegenwärtigen Konstellation sein mag – ihr Profil neu schärfen – in der Friedenspolitik, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Sozial- und Bildungspolitik, in der Politik auch für Ostdeutschland. Sie muss also die Unterschiede selbstbewusst kenntlich machen, sowohl zur Links-Partei als auch zu CDU/CSU und FDP. Das nach langer, intensiver Diskussion verabschiedete Hamburger Programm ist eine gute Grundlage dafür. Darin definiert sich die SPD als Partei der solidarischen Mehrheit: Diesen Anspruch dürfen wir bei allem Streit um unser Verhältnis zur Links-Partei nicht aus den Augen verlieren.

So emotional und durch bittere historische Erinnerungen bestimmt das Verhältnis zur Links-Partei auch ist und für viele wohl auch bleiben wird, wir Sozialdemokraten sollten uns zu ihr doch auch rational verhalten: Die Links-Partei ist ein politischer Konkurrent und Gegner, mit dem wir uns inhaltlich auseinandersetzen – selbstbewusst, das eigene Programm ernst nehmend, niemals den Anspruch aufgebend, die linke Volkspartei in Deutschland zu sein, eine Partei, die Gerechtigkeit und Freiheit nicht gegeneinander ausspielt, sondern deren untrennbaren Zusammenhang als Grundlage und Ziel ihrer konkreten Politik begreift. Ich ermahne uns, nun nicht negativ oder positiv auf die Links-Partei fixiert zu sein, gewissermaßen in eine Art Fixierungsstarre zu verfallen.

Müssen wir uns auf Dauer mit ihr abfinden? Für die Grünen war vor 25 Jahren ein neues Thema konstitutiv. Für den dauerhaften Erfolg der Links-Partei wäre es unser Versagen, denn sie hat kein neues Thema: Sie hat die Globalisierungsängste und Reformverunsicherungen der Menschen, die sie verstärkt und parteipolitisch instrumentalisiert. Ihre Antworten illusionär zu nennen, überzeugt dann, wenn von uns realistische Antworten auf die sozialen Probleme gegeben werden. Das war in einer großen Koalition nicht leicht. Aber die haben wir uns ja auch nicht ausgesucht.

In der Zwischenzeit und bis auf weiteres gilt, was schon vor der Bundestagswahl vernünftig war: Was tagespolitisch mit der Links-Partei an Zusammenarbeit möglich und an Auseinandersetzung notwendig ist, muss jeweils vor Ort und in Ansehung der

handelnden Personen entschieden werden. Nur eines noch: Bitte keine überflüssigen heiligen Eide mehr, aber bitte auch keine falschen Verbrüderungsfantasien!

Die (nach Mitgliederzahlen) kleine ostdeutsche SPD hat in den 20 Jahren unglaublich viel geleistet: Sie war und ist in den Landesregierungen, stellte und stellt viele Bürgermeister, war und ist ein wichtiger Teil der Bundestagsfraktion. Sie hat sich von Anfang an aktiv, verantwortlich, aufopferungsvoll in die Gestaltung der deutschen Vereinigung eingebracht. Sie war Mahner und Motor, kritisch und engagiert dabei, seit 1990. Sie hat viel Lehrgeld gezahlt, aber auch Maßstäbe gesetzt und Erfolge erzielt – zum Beispiel im Ringen um eine langfristige Aufbaustrategie mit der Durchsetzung des Solidarpaktes II oder mit innovativen Konzepten der gezielten Wirtschaftsförderung wie InnoRegio mit dem Kommunal-Kombi oder mit dem Stadtumbau Ost und vieles andere mehr.

Aber nach 20 Jahren deutsche Einheit und nach dem katastrophalen Wahlergebnis müssen wir uns fragen: Was ist eigentlich noch spezifisch ostdeutsche Problematik? Brauchen wir neuerlich ein sogenanntes ostdeutsches Profil, gar eine ostdeutsche Identität? Eine nachgeholte CSU des Ostens allerdings erscheint mir als eine fatale Illusion.

Aber die Aufgaben, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten „Aufbau Ost“ genannt haben, sind noch längst nicht alle erledigt. Auf deren Erfüllung muss die SPD und ihr ostdeutscher Teil nachdrücklich und störrisch drängen. Der Zeithorizont des Solidarpakts reicht bis 2019, vorher dürfen wir nicht nachlassen in unserem Engagement für Ostdeutschland, für die Angleichung der Lebensverhältnisse.

Die Aufgabe wird nicht leichter durch die Festlegung der Schuldenbremse im Grundgesetz, die ab 2016 keine Neuverschuldung der Landes- und Kommunalkassen zulässt. Das erschwert die Lösung der Aufgabe, denn die Frage wird sein, wie man künftig Investition- und Ansiedlungsförderung, Förderung von Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung in Ostdeutschland in ausreichendem Maße sichern will.

Zur positiven Bilanz des Aufbaus Ost gehört zwar, dass es mehr und mehr die eigenen ostdeutschen Unternehmen bzw. Standorte sind, die die positive Dynamik herstellen. Das erhöht zugleich die innerostdeutschen Unterschiede und löst das Bild einer geschlossen abhängigen Transfer-Ökonomie ab.

Langfristig allerdings muss man wohl weiter davon ausgehen, dass der Befund, den Deutsche Bank Research 2004 formulierte, grundsätzlich stimmen könnte: „Das langfristige Wachstumspotential der östlichen Bundesländer liegt aufgrund demographischer Faktoren spürbar unter demjenigen der westlichen Bundesländer. Der Lebensstandard wird zwar weiterhin zunehmen, aber der Abstand zum Westen dürfte anwachsen. Bis 2050 dürfte er sogar eher wieder auf das Niveau von Mitte der 90er Jahre (rund 60 Prozent des westdeutschen Pro-Kopf-Einkommens) zurückfallen.“

Dementsprechend gehört auf die negative Seite der Bilanz eine sich verfestigende soziale Fragmentierung, sowohl regional, als auch vertikal, also auf der Achse der sozialen Differenzierung. Eine Nebenwirkung dieser Auseinanderentwicklung ist, dass auch in Ostdeutschland die gesamtgesellschaftliche Solidarität schwindet, was man sicher auch am Wahlverhalten zeigen könnte.

Die bekannte FES-Studie von 2006 über die deutschen sozialen Milieus zeigte eine ostdeutsche Besonderheit des sozialen Fragmentierungsprozesses: Zwischen einer starken Gruppe der „Leistungsindividualisten“ einerseits und der noch größeren Gruppe des „Abgehängten Prekariats“ andererseits, ist die sogenannte gesellschaftliche Mitte schwach.

Diese besondere Problematik ist natürlich auch ein Nährboden für erfolgreichen Populismus, der für uns Sozialdemokraten eine besondere Herausforderung ist, ohne dass wir – ich wiederhole mich – in einen Überbietungswettbewerb in Sachen Linkspopulismus eintreten dürfen.

Gerade für die Sozialdemokratie – wenn sie denn in Ostdeutschland eine Partei für die solidarische Mehrheit sein oder wieder werden will – kommt es jetzt, in dieser schwierigen Situation, auf folgendes an: Wir müssen erstens die Unterdrückungs-

und Unfreiheitserfahrungen aus DDR-Zeiten in lebendiger Erinnerung behalten, zweitens die Aufbruchserfahrungen von 1989/90 als Quelle von ostdeutschem Selbstbewusstsein bestärken, drittens die Transformationserfahrungen der letzten Jahre in ihrer Widersprüchlichkeit, aber auch und gerade in ihren Erfolgen kritisch und selbstbewusst an- und aussprechen.

Wir ostdeutschen Sozialdemokraten haben nur dann eine Chance, wenn wir nicht larmoyant agieren, wenn wir weder nostalgische noch negative Grundstimmungen bedienen, sie verstärken oder ausbeuten – wie es Teile der Links-Partei versuchen. Nein, wir müssen vielmehr die positiven Erfahrungen ins Bewusstsein rufen und zum Ausgangspunkt ostdeutscher Politik machen. Brandenburg ist dafür ein gutes Beispiel.

Nach der schlimmen Wahlniederlage ist Wut verständlich, wie in der letzten „Zeit“ zu lesen war – „Wut auf die Wähler, Wut auf die Medien, Wut auf uns selbst“. Aber Kleinmut ist nicht erlaubt. Mit Blick auf die lange Geschichte der Sozialdemokratie und auf die kürzere Geschichte der Ost-SPD und mit Blick darauf, dass wir in fünf von sechs ostdeutschen Landesregierungen vertreten sind bzw. sein werden, haben wir Anlass zu trotzigem Selbstbewusstsein. Gerade jetzt!